



**Elvira Drobinski-Weiß**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende verbraucherpolitische  
Sprecherin der SPD-Fraktion

Elvira Drobinski-Weiß, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

IG Metall Offenburg  
Herrn Ahmet Karademir  
Okenstr. 1c

**77652 Offenburg**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus  
Raum 4.826  
K (030) 227 – 77312  
M (030) 227 – 76103  
ξ [elvira.drobinski-weiss@bundestag.de](mailto:elvira.drobinski-weiss@bundestag.de)

Wahlkreisbüro  
Philipp-Reis-Straße 7  
77652 Offenburg  
K 0781 9197762  
M 0781 9195866  
ξ [elvira.drobinski-weiss@wk.bundestag.de](mailto:elvira.drobinski-weiss@wk.bundestag.de)

Berlin, 20. August 2009

Sehr geehrter Herr Karademir,

ich danke Ihnen für die Übergabe der Befragungsergebnisse und möchte dazu wie folgt Stellung nehmen:

**Werden Sie sich dafür einsetzen, die Überprüfungsklausel zu nutzen, um das Gesetz nicht wirken zu lassen?**

Im Gesetz haben wir eine Vorbehaltsklausel verankert. Die Bundesregierung ist demnach verpflichtet, ab 2010 regelmäßig darüber zu berichten, ob die Maßnahmen mit der Entwicklung der Arbeitsmarktlage und der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer vereinbar ist. Trotz aller Notwendigkeiten darf die Anhebung des Renteneintrittsalters nur umgesetzt werden, wenn sie mit den tatsächlichen Entwicklungen im Einklang steht. Eine Revision bleibt also möglich.

Um in einer Gesellschaft mit immer mehr alten Menschen keine Generation zu überfordern, waren Veränderungen im Rentenrecht unumgänglich. Hierzu gehört auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029. Wir wissen aber auch, dass die Menschen während ihrer Erwerbsphase unterschiedlichen Belastungen ausgesetzt sind und die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch weiter verbessert werden muss. Auch wollen wir den individuellen Bedürfnissen der Menschen beim Übergang von Erwerbs- zu Ruhestandsphase besser entsprechen und vor Altersarmut bewahren.

**Werden Sie sich für eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und eine Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze stark machen?**

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beendet, sondern dabei hilft, sie zu vermeiden. Zu diesem Zweck werden wir bundesweit für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Überprüfung des individuellen Qualifizierungsbedarfs einrichten.

Wir wollen außerdem, dass Deutschland die weltweit beste Arbeitsvermittlung hat. Eine Hauptaufgabe bleibt die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Wir werden die Zahl der Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler in Zeiten der wirtschaftlichen Krise aufstocken, damit das Vermittlungsangebot für jeden Einzelnen gerade auch dann auf einem hohen Niveau bleibt, wenn der persönliche Unterstützungsbedarf am größten ist.



Wir werden das Instrumentarium der Arbeitsvermittlung kontinuierlich weiter verbessern. Wir wollen insbesondere die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus besser fördern. Arbeitslosigkeit darf nicht zu Armut führen. Es wird auch weiterhin eine regelmäßige Überprüfung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und gegebenenfalls dessen bedarfsgerechte Erhöhung geben.

Vermögen, das der privaten Altersvorsorge dient, wird nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Voraussetzung ist, dass unwiderruflich mit Beginn des Ruhestandes eine monatliche Rente garantiert wird.

**□ Sollen große Vermögen über eine Zukunftsanleihe, eine Vermögenssteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes zur Finanzierung stärker herangezogen werden?**

Wir haben etwas intelligenteres als die Vermögenssteuer gefunden; etwas, dass besser wirkt und ein größeres Aufkommen sichert: die Börsenumsatzsteuer. Mit einer Börsenumsatzsteuer werden wir nicht nur kurzfristige Spekulationen eindämmen, sondern damit auch einen Anteil zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben aufbringen können. Wir wollen die gesellschaftlichen Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen, um unser Land im Bildungsbereich zukunftsfähiger zu machen.

Um dieses Ziel erreichen zu können, schlagen wir einen Zuschlag als „Bildungssoli“ bei der Besteuerung höchster Einkommen vor. Dabei wird der Spitzensteuersatz auf 47 Prozent ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) angehoben.

Mit einer konsequenten Bekämpfung der Steuerhinterziehung und dem Schließen von Steuerschlupflöchern werden wir viele Milliarden zusätzlich für staatliche und sozialgesellschaftliche Aufgaben bereitstellen können.

**□ Werden Sie sich dafür einsetzen der Prekarisierung von Arbeit – Befristung und Leiharbeit - Einhalt zu gebieten und gegen Armut bei Erwerbsarbeit kämpfen? Wenn ja, wie und mit welchen Forderungen?**

Die baden-württembergischen Abgeordneten der SPD im Bundestag, haben gemeinsam mit der IG Metall Baden-Württemberg eine Maßnahmeninitiative gestartet, die gegen das Ausufer von Leiharbeit gerichtet ist. Wir sind davon überzeugt, dass Leiharbeit in ihren heutigen Auswüchsen Prekarität fördert und nicht zur Stabilisierung von Beschäftigung beiträgt. Alleine in Baden-Württemberg hat sich die Leiharbeit in den letzten zehn Jahren nahezu verdreifacht. Das entspricht nicht dem Sinn von Leiharbeit, die als Instrument gedacht war, das die Betriebe in die Lage versetzt, Auftragsspitzen und saisonale Schwankungen aufzufangen. Aber heute stößt man immer häufiger auf Missbrauch und Betriebe zahlen für gleiche Arbeit deutlich weniger Geld. Wir wollen deshalb für entsprechende gesetzliche Initiativen sorgen.

Wir werden Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern. Neben einer Lohnuntergrenze gehört dazu auch die Stärkung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit soll für die Arbeit in demselben Unternehmen der Grundsatz „equal pay“ uneingeschränkt gelten. Die konzerninterne Verleihung wollen wir begrenzen.



**Was wollen Sie tun, um jedem eine faire Chance auf gute Bildung zu ermöglichen?**

Wir wollen das Recht für alle durchsetzen, den Schulabschluss jederzeit gefördert nachholen zu können. Wir werden dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler mit rechtzeitiger Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung schon in der Schule auf die Ausbildung vorbereitet werden.

Wir werden das duale System stärken und die Ausbildungsberufe modernisieren. Wir wollen mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden.

Wir werden den Ausbildungspakt weiterentwickeln und streben an, die Ausbildungsplatz-Verpflichtungen der Wirtschaft weiter zu erhöhen. Wir sorgen für Ausbildungsplätze auch für die geringer qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber. Wir helfen mit dem Ausbildungsplatzbonus auch denen, die schon länger vergeblich eine Lehrstelle suchen. Den Betriebsräten wollen wir ein Mitbestimmungsrecht verschaffen, damit sie in ihrem Betrieb mehr Ausbildungsplätze durchsetzen können. Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Sie sollen eine Chance in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten bekommen und sich dort in Berufen mit Arbeitskräftebedarf qualifizieren können. Außerdem werden wir jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Ausbildung ermöglichen, möglichst ohne Einkommensverlust in ihrem Betrieb eine Ausbildung nachzuholen.

Wir wollen außerdem ein durchlässiges Bildungssystem. Deshalb wollen wir die Möglichkeit für Berufsschülerinnen und –schüler schaffen, auch eine Fachhochschulreife zu erwerben. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten des Zugangs zu einem integrierten Fachhochschulstudium und einer beruflichen Ausbildung vergrößern. Zusätzlich wollen wir Technikerinnen und Technikern, Meisterinnen und Meistern sowie anderen Berufstätigen mit Ausbildung gezielt den Zugang zu den Hochschulen und Universitäten öffnen. Zu diesem Zweck soll der Bezug von BAföG auch nach dem 30. Lebensjahr möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen